

23. März 2006

13:44 MEZ

Zur Person:

Paul Hofheinz ist Präsident des Lisbon Councils, eines vielbeachteten unabhängigen Thinktanks, der sich mit der EU-Wirtschaftspolitik beschäftigt. Der Australier und Absolvent der London School of Economics und der Yale-Universität war zuvor EU-Reporter des "Wall Street Journal".



Paul Hofheinz

Österreichs Pensions-Rucksack

Die Frühpensionsproblematik ist das größte Risiko für Österreichs Wirtschaft, meint der Präsident des Thinktanks Lisbon Council

Die Frühpensionsproblematik ist das größte Risiko für Österreichs Wirtschaft und Wohlstand, meint der Präsident des Thinktanks Lisbon Council, **Paul Hofheinz**, im Gespräch mit **Michael Moravec**.

Standard: Sie beschäftigen sich mit den Plänen der EU, weltweit führender Wirtschaftsraum zu werden – dem Lissabon-Prozess. Wo steht Österreich auf diesem Weg?

Hofheinz: Viele Länder in der EU hätten gerne die Probleme Österreichs. Die Arbeitslosigkeit ist relativ gering, während es beispielsweise in Deutschland ja schon fast Weimarer Verhältnisse gibt. Die Staatsfinanzen sind einigermaßen solide, die Stimmung gut.

Standard: Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sind aber unter anderem auch deswegen geringer, weil die Teilnehmer von Schulungsmaßnahmen nicht mitgerechnet werden und nur knapp 29 Prozent der Menschen zwischen 55 und 64 Jahren noch arbeiten. In Deutschland sind das mehr als 40 Prozent, und nach den Lissabon- Zielen sollen es bis 2010 zumindest 50 Prozent sein.

Hofheinz: Das ist richtig, die Pensionsproblematik ist zusammen mit dem abgeschlossenen Markt für Dienstleistungen Österreichs größtes Problem, und vor allem die hohe Zahl der Menschen, die schon ab 55 Jahren in Pension gehen, könnte längerfristig die Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand Österreichs gefährden. Das ist einfach nicht zu finanzieren und bringt das Land mittelfristig ins Hintertreffen.

Standard: Was läuft da schief?

Hofheinz: Es ist in Österreich trotz aller Reformen noch immer viel zu interessant, möglichst früh aus dem Arbeitsprozess auszuscheiden. Da müssten einschneidendere steuerliche Maßnahmen ergriffen werden, um sich dem Ziel von einem Anteil von 50 Prozent zumindest einmal anzunähern.

Standard: Was kritisieren Sie am Dienstleistungsmarkt?

Hofheinz: Das ist der wichtigste Wirtschaftssektor in der EU. Für Österreich wie beispielsweise auch für Belgien – bei 3. Spalte des ziemlich abgeschottete Märkte – gilt, dass die Qualität der Dienstleistungen nicht besonders hoch ist, die Preise allerdings schon. Und das belastet natürlich die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes.

Standard: Wie beurteilen Sie die Übergangsregelungen bezüglich der Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern?

Hofheinz: Österreich profitiert sehr durch die Öffnung des Ostens. Natürlich muss die Politik auf die allgemeine Meinung Rücksicht nehmen, aber eine Öffnung eher früher als später wäre auch in Österreichs Interesse. Es wäre etwa eine Möglichkeit gewesen, den hohen Anteil an Pusch und Schwarzarbeit mit ein wenig Kreativität in legale Bahnen zu lenken. Der hohe Anteil an Schwarzarbeit ist ja nur da, weil offizielle Dienstleistungen so teuer sind.
